

Die Geschichte als Lehrmeister in der Eurokrise

01.09.2011 | 18:08 | ANTON FINK (Die Presse)

Die Völkerbund-Kommissare in der Zwischenkriegszeit und der Marshallplan im Nachkriegseuropa haben es vorexerziert: Gelder an Krisenländer sollen nur unter strengen Auflagen und scharfer Kontrolle vor Ort fließen.

Wann immer in den letzten Jahrzehnten irgendwo auf der Welt wirtschaftliche Krisen ausbrachen – sei es in Afrika, Lateinamerika oder Osteuropa – erklang der Ruf nach einem neuen Marshallplan. Meist war er dafür nicht das richtige Rezept. Aber in der aktuellen Eurokrise sollten wir ihn wieder vor den Vorhang holen, denn die Prinzipien, die ihn im Nachkriegseuropa zu einem besonders erfolgreiches Umstrukturierungs- und Anpassungsprogramm gemacht haben, können uns heute wieder helfen.

Wir kennen Staatsbankrotte, Zahlungsausfälle und Umschuldungen von Staatsanleihen aus der Geschichte zuhauf. Auch Österreich erlebte im vergangenen Jahrhundert die staatliche Zahlungsunfähigkeit hautnah. Nach dem desaströsen Ausgang des Ersten Weltkriegs sah sich der Staat mit hohen Schulden, niedrigen Einnahmen und einer nicht vorhandenen Kreditwürdigkeit konfrontiert. Erst nach langen Verhandlungen erhielt Österreich 1922 Geld aus einer Völkerbund-Anleihe, dessen Verwendung von einem eigens nach Wien entsandten Kommissar kontrolliert wurde.

Nachlässe auch für Österreich

Die Anleihebedingungen waren hart (Zinsen von ca. zehn Prozent, Verpfändung des Tabakmonopols und von Zolleinnahmen), die Sanierungsmaßnahmen noch härter (Entlassung von über 80.000 Beamten, Schließung von Postämtern und Schulen usw.). Doch es gelang die Stabilisierung der Währung und die Reduzierung der Inflation, allerdings um den Preis einer höheren Arbeitslosigkeit.

Österreich erhielt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Rahmen des Londoner Abkommens 1952 für während und nach dem Krieg nicht geleistete Zinsen und Tilgungen Nachlässe und die Laufzeiten wurden teilweise bis 1980 (!) erstreckt. Die Gläubiger mussten also sehr lange auf ihr Geld warten und erhielten es auch nicht in vollem Umfang zurück.

Auch Deutschland hat im Rahmen des Londoner Abkommens einen kräftigen Schuldenerlass erhalten. Die Gläubigerstaaten – vor allem aus den Reihen der vormaligen Kriegsgegner – sind also den beiden Staaten entgegengekommen, und zudem haben die USA im Rahmen ihres „European Recovery Program“ Deutschland und Österreich sowie 15 weiteren europäischen Ländern Hilfe in Höhe von insgesamt über 13 Milliarden Dollar (entspricht ca. 130 Milliarden Dollar heute) gewährt.

Auslöser für Konzeption und Bekanntgabe des Planes durch den damaligen Außenminister der USA, General George C. Marshall, im Jahr 1947 war übrigens der Bürgerkrieg zwischen westlich orientierten und kommunistischen Gruppierungen in Griechenland.

Es wird noch viel teurer

Nun wird mit Griechenland über die Umschuldung bestehender Verbindlichkeiten verhandelt und es ist zu erwarten, dass die aktuell diskutierten 21 Prozent als Nachlass nicht ausreichen werden. Früher oder später werden wohl auch portugiesische und irische Anleihen einem solchen Prozedere unterzogen werden. Ein deutlicher Schuldennachlass ist unabdingbar, um diese Länder wieder überlebensfähig zu machen. Es werden also noch hohe Kosten auf europäische Banken, Anleihegläubiger und Steuerzahler zukommen.

Neben dieser bisher offiziell nur ansatzweise begonnenen Maßnahme der Schuldenreduktion muss jedoch auch der Boden für neues Wachstum bereitet werden. Auch dafür sind hohe Summen notwendig, die wiederum nur von den reichen Euroländern kommen können.

Scharfe Kontrollen vor Ort

Ob diese Transfers direkt oder indirekt stattfinden sollen, wird zur Zeit heftig debattiert. EZB-Maßnahmen, EFSF-Anleihen oder Eurobonds mögen zwar den zunehmend akuten Liquiditätsengpass einiger Schuldnerländer lösen, ändern aber an sich nichts an ihren strukturellen Problemen: viel zu hohe unproduktive Staatsausgaben, aufgeblähte, ineffiziente öffentliche Sektoren, Steuerhinterziehung, Korruption usw.

Ändern wird sich erst etwas, wenn die Verantwortlichen in der EU das beherzigen, was die Völkerbund-Kommissare in der Zwischenkriegszeit und der Marshallplan im Nachkriegseuropa vorexerziert haben, nämlich Gelder nur unter strengen Auflagen und scharfer Kontrolle vor Ort zu vergeben. So wie das ERP-Büro in Österreich bestimmte, welche Projekte finanziert wurden und sich laufend über den Fortschritt informierte, so muss die EU jetzt auch sicherstellen – etwa durch eine eigene beim EU-Rat oder Ecofin angesiedelte Vergabekommission –, dass die Gelder in Südeuropa nicht in alten Kanälen versickern.

Diese Kommission muss das Pouvoir bekommen, von den Mitgliedstaaten strukturelle Änderungen in ihren Haushalten einzufordern; sie muss sicherstellen, dass in Bildung, Technologie und Infrastruktur investiert wird, um nachhaltiges Wachstum zu fördern, bevor Gelder fließen.

Der Marshallplan war unter anderem deswegen so erfolgreich, weil er nicht den Staatshaushalt finanzierte, sondern die Wirtschaft direkt. Auch die EU muss Kontroll- und Vergabestellen schaffen, die gewährleisten, dass die Gelder beim richtigen Empfänger ankommen und auch wieder zurückbezahlt werden.

Viel Überzeugungsarbeit nötig

Dem Marshallplan ist auch gelungen, dass sein Anpassungsprogramm nicht als von außen oktroyierte Belastung angesehen wurde, sondern als gemeinsame Anstrengung von Gebern und Nehmern. Die Konstruktion des Marshallplanes hat dazu wesentlich beigetragen, weil er die sogenannten „counterpart funds“ im jeweiligen Empfängerland beließ, sodass die Kreditrückzahlungen nicht an die USA gingen, sondern in einem Kreislauf neue Investitionen damit finanziert wurden.

Dies führte in Österreich zur Gründung des ERP-Fonds, der heute noch mit einem Volumen von knapp drei Milliarden Euro ein wichtiger Financier der österreichischen Wirtschaft ist. Zur Durchsetzung dieses Planes war viel Propaganda – Überzeugungsarbeit – notwendig, denn die großzügige Hilfe war bei den US-Wählern nicht unbedingt populär, und in vielen Empfängerländern hatte man Angst vor dem Einfluss der Amerikaner. Auch jetzt könnte die

Finanzierung in Form eines Kreislaufes, der das Geld im jeweiligen Land belässt, organisiert werden. Und auch jetzt muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, um sowohl Zahler als auch Schuldner von der Sinnhaftigkeit eines solchen Programmes zu überzeugen.

Der Marshallplan war indirekt auch ein wichtiger Geburtshelfer der EU und lieferte wertvolle Impulse für den europäischen Einigungsprozess. Wir sollten seine Prinzipien gut 60Jahre danach wiederum beherzigen, um die aktuelle Krise, die den Fortbestand der EU bedroht, zu bewältigen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

© DiePresse.com